Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 165. Donnerstag, 18. Juli 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Briands Angst.

Schon lange macht Briand mit all seinen Redekünsten einen unerfreulichen Eindruck. Immer diese gesuchten rhetorischen Effekte, diese billigen Sentimentalitäten, immer diese pharisäerhafte Lobpreisung des französischen Opfermutes und der französischen Friedensliebe: aber nie einmal ein tapferes, ehrliches Wort zum Frieden, niemals ein freudiges Gewähren dessen, was schließlich doch gewährt werden muß. Mit dem Begriff der Diplomatie ist leider bei den meisten Vertretern dieses Faches noch unablässlich die Idee verknüpft, daß in der Schlauheit das Wesen dieses Berufes liege. Da muß immer noch irgendwo ein Loch gelassen werden, da müssen die Ausdrücke so gewählt werden, daß man sie zwar aller Wahrscheinlichkeit nach der einen Richtung hin auslegen, im Notfall aber auch nach der ganz entgegengesetzten Seite hin verstehen kann. Ist Frankreich zum Räumen bereit? Will es den Young-Plan annehmen? Ist ihm der europäische Friede eine ernste Angelegenheit? Wer mit diesen Fragen auf der Seele die französische Parlamentsdebatte studiert, wird nach der Rede Briands genau so klug sein wie vorher. Zwar hat er allerhand über die Räumung gesagt, er hat darauf hingewiesen, daß in der zweiten Zone tatsächlich die Räumung schon vorbereitet wird. Der französische Nationalismus, aber auch das französische Durchschnittspublikum ist jedenfalls gerührt darüber, daß Frankreich nun auch dieses Opfer schon zu bringen bereit ist. In einem halben Jahre muß die zweite Zone, auch nach den Bestimmungen des Versailler Friedens, geräumt werden. Lohnt es sich denn da wirklich, die Vorbereitung der Räumung überhaupt zu erwähnen? Und nun will Briand in diesem Zusammenhang sogar von einem neuen Opfer reden. Frankreich wird also ein schweres Opfer bringen, wenn es vertragsmäßig nach einem halben Jahre aus der zweiten Zone zurückgeht, und danach ist es natürlich geradezu unausdenkbar, was Frankreich alles opfert, wenn es erst auch noch aus der dritten Zone zurück muß. Briand ist sich wohl selbst dessen bewußt, daß er nicht gerade einen starken Eindruck auf die Welt mit diesem Theater macht. So sucht er nun die fehlende Wirkung durch Kriegsreminiszenzen zu ersetzen. Jeder vernünftige Mensch ist immer wieder erschüttert, wenn er an die furchtbaren Leiden und Grausamkeiten des Weltkrieges zurückdenkt. Wenn aber die Erinnerung daran immer nur wieder aufgefrischt wird, aus dem allzu durchsichtigen Grunde, auf die Tränendrüsen anderer Leute damit zu wirken, und auf solche Weise von dem Kern der gegenwärtigen diplomatischen Verhandlungen abzulenken, dann verliert dieser billige Trick sehr schnell an Bedeutung. Auch ein kluger Mann, wie Briand, sollte das endlich begreifen. Hier hört die diplomatische Schlauheit auf, eine Tugend zu sein. Es gibt Situationen, wo auch vom Diplomaten moralischer Mut verlangt wird. Und wenn jemals, dann ist diese Situation jetzt gegeben. Soll es mit dem Kriege Schluß sein, oder nicht? Das Festhalten fremden Gebietes nach Erledigung aller Friedensbedingungen ist nichts anderes als Kriegspielen. Man hat das in Europa gründlich satt, und ein Diplomat, der dieser allgemeinen Stimmung selbst jetzt noch nicht Rechnung zu tragen vermag, verspielt schließlich seinen eigenen Ruhm. Die europäische Geschichte wird einmal von Herrn Briand nicht viel Erfreuliches zu berichten haben. Dann hat er aber auch Frankreich keine großen Dienste geleistet. Selbst ein Poincaré war diesmal ehrlicher und tapferer als der Außenminister. Wenn selbst der französische Ministerpräsident loyalerweise feststellte, daß Stresemann die Aeußerung, der Youngplan gelte nur für zehn Jahre, nicht getan hat, dann hätte sich auch Briand nichts vergeben, wenn er auf das Ausspielen dieses falschen Stresemann-Wortes als Trumpf verzichtet hätte. Dieser Trumpf hat wirklich nicht gestochen.

Am Schluß seiner Rede kam Briand auch noch einmal auf seine Pläne für Paneuropa zurück. Wieviele solcher schönen Pläne haben wir in den letzten Jahren erlebt! Praktisch sind wir auf dem Wege dahin noch verzweifelt wenig vorwärtsgekommen. Der Schönredner Briand aber gehört mit seiner alten Diplomatenschlauheit, mit seiner Angst vor irgendeinem ehrlichen, unzweideutigen Bekenntnis zu den schwersten Hindernissen einer paneuropäischen Entwicklung. Wer jetzt noch immer glaubt, er müsse sich irgendeinen letzten Trumpf zurückbehalten, wer jetzt noch immer glaubt, er müsse sich für die kommenden Verhandlungen die Möglichkeit sichern, vielleicht doch noch irgend etwas Besonderes herauszuschlagen, der denkt [illegible] nicht paneuropäisch, sondern ganz beschränkt nationalistisch im [illegible] Sinne des Wortes. Man hat sich von Herrn Briand mal Besseres versprochen. Es gab Zeiten, wo er Sozialist und Pazifist und Liberaler war. Diese Zeiten liegen jetzt weit zurück. Im Diplomatenfrack ist bei ihm eine Ueberzeugung nach der anderen allmählich [illegible]. Was übrig geblieben ist, daß ist diese Diplomatenschlauheit, diese Angst vor der Ehrlichkeit, diese Unfähigkeit, eine [illegible] Zeit tapfer und rückhaltlos zu [illegible] und zu [illegible]. Die Gegenwart bedarf anderer Diplomaten. Der heutige Briand ist nur noch ein lebendiger Beweis dafür, wie [illegible] sich die alten Methoden überlebt haben.

Die Eigentumsfrage in der Eibseeangelegenheit.

Die bayerische Regierung hat [illegible] einer Meldung des Lokalanzeigers eine halbamtliche Erklärung herausgegeben, die besagt, daß keine [illegible] Gefahr für den Eibsee bestünde, da die Ufer des Sees Eigentum des bayerischen Staates seien. Der bayerische Staat würde von seinem Standpunkt, daß er allein über die Umgebung des Eibsees zu verfügen habe, in keiner Weise abgehen.

Die chinesisch-russische Lage äußerst gespannt.

Abbruch sämtlicher Beziehungen zwischen Sowjetrußland und China? Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs. Eine neue Note Rußlands an China.

* Kowno, 18. Juli. (Telunion.) Nach Meldungen aus Moskau hat das Außenkommissariat der Sowjetunion am Mittwoch abend um 9 Uhr dem chinesischen Geschäftsträger in Moskau eine neue Note zugestellt. In dieser Note wird mitgeteilt, daß die Sowjetregierung beschlossen hat, sofort sämtliche Vertreter der Sowjetunion, diplomatische, konsularische und Handelsvertreter, die sich in der chinesischen Republik befinden, aus China abzuberufen. Ferner müssen sämtliche diplomatischen und Konsularvertreter Chinas sofort das Gebiet der Sowjetunion verlassen. Der Eisenbahnverkehr zwischen China und der Sowjetunion wird sofort unterbrochen. Gleichzeitig erklärt die Sowjetregierung, daß sie ihre Ansprüche auf die chinesische Ostbahn nach wie vor aufrechterhalte und alle Maßnahmen zum Schutze ihrer Interessen im fernen Osten treffen werde.

Im übrigen stellt die Sowjetregierung fest, daß die Nankingregierung in ihrer Note die Beschlagnahme der Ostbahn bestätigt und außerdem die Bemühungen der Sowjetunion um eine Verständigung zwischen beiden Völkern ablehne. Die chinesische Regierung habe, anstatt sich mit den russischen Vorschlägen — Einberufung einer russisch-chinesischen Konferenz — sofortige Befreiung der in China verhafteten russischen Staatsangehörigen und Aufhebung sämtlicher chinesischen Maßnahmen gegen die Sowjetregierung zu beschäftigen, scharfe Kritik an der Politik der Sowjetregierung an der Ostbahn geübt und die Sowjetregierung verschiedener Machenschaften beschuldigt, die auf Unwahrheit beruhten. Es entspreche nicht den Tatsachen, daß in Moskau und im Gesamtgebiet der Sowjetunion mehrere 1000 chinesische Staatsangehörige verhaftet worden sind oder noch verhaftet werden sollten. In russischen Gefängnissen befänden sich lediglich solche chinesische Bürger, die von den russischen Gerichten wegen gemeiner Verbrechen oder Schmuggels verurteilt worden seien. Die Regierung der Sowjetunion erkläre, daß die chinesische Regierung eine Verständigung durch ihre letzte Note unmöglich gemacht habe. Im Laufe der letzten Tage habe Marschall Tschiangkaischek geäußert, daß die Beschlagnahme der Ostbahn durch China nur ein erster Schritt der Nankinger Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion sei. Die Regierung der Sowjetunion sehe daher heute keine Möglichkeit mehr für die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Völkern. Die Sowjetunion erkläre ausdrücklich, daß die Verantwortung für den Zusammenbruch der russisch-chinesischen Beziehungen einzig und allein die chinesische Regierung trage, die keinen Frieden mit der Sowjetunion wünsche.

Der Aufmarsch im Osten. Vor dem Eingreifen Japans?

* Tokio, 18. Juli. (Telunion.) In der Sitzung des japanischen Kabinetts erklärte der Kriegsminister, daß nach amtlichen Mitteilungen des japanischen Außenministeriums die Sowjetregierung an der russisch-chinesischen Grenze 30 000 Mann gutbewaffneter Truppen zur Verfügung habe. Die chinesische Regierung besitze gegenwärtig an der Ostbahn 150 000 Mann kampfbereiter Truppen. Der Kriegsminister schilderte die Lage in der Nordmandschurei sehr bedrohlich und betonte, daß Japan nunmehr vor die Notwendigkeit gestellt sei, zum russisch-chinesischen Streit Stellung zu nehmen.

Der deutschnationale Mittelstand gegen den Youngplan.

Dresden. (Telunion.) Der Mittelstandsausschuß der Deutschnationalen Volkspartei hat gegen den Youngplan Stellung genommen:

„Im Interesse des unserer Partei angehörigen Mittelstandes fühlen wir uns zu folgender Erklärung verpflichtet: Wir erkennen im Youngplan das völlige Versagen der deutschen Staats- und Wirtschaftspolitik, das schließlich den Umfall der deutschen Abordnung herbeigeführt hat. Die Münchener Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht erbrachte den erneuten Beweis, wie wenig die deutsche Reparationspolitik auf Abwehr feindlicher Vergewaltigungen eingestellt ist.

Der Youngplan bringt uns gegenüber dem Dawesplan keine Erleichterung, sondern maskiert unsere Versklavung nur in anderen Formen und ist umso gefährlicher, als er, durch freiwilligen Beschluß gefaßt, den moralischen Rechtsanspruch der Feinde auf Grund der Kriegsschuldlüge zu unterstreichen geeignet ist, zumal er weit über Versailles, London und Dawes hinausgeht. Besonders die Uebernahme der Kriegsschulden der anderen bekundet, daß der Youngplan das vollendete System der Versklavung Deutschlands darstellt, die nur auf Rechts- und Vertrauensbruch der Alliierten gegründet werden konnte.

Welche Organe auch immer die Lasten an das Feindesland abzuführen haben, tragen wird sie immer die deutsche Wirtschaftseinheit, von der in erster Linie die mittelständischen Kreise betroffen sind. Der Mittelstandsausschuß der Deutschnationalen Volkspartei fordert deswegen die unbedingte Ablehnung des Youngplanes, dessen Verbesserungen nur Schein sind, dessen wirkliche Folgen aber die weitere Verschlechterung der deutschen Lebensgrundlagen sein müssen. Deutschland würde endgültig bei Annahme des Youngplanes aus der Reihe der Nationen gestrichen, die für eine eigene Zukunft leben, und sich beugen dem feindlichen Vernichtungswillen fügen.

Der Mittelstand fühlt sich als starke Stütze des staatlichen Lebens und will nicht am Fünfkomma willen den Bau der Nation zusammenbrechen lassen. Die [illegible], zukunftgerichtete Tat ist deshalb seine Parole, und in der Ablehnung des Youngplanes erkennt er einen ersten Schritt zum Aufbau gesunder politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse.

Offener Brief an den Reichsinnenminister Severing.

* Heide. (Telunion.) Im Zusammenhang mit dem Bericht der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" in Kiel, wonach Reichsinnenminister Severing am vergangenen Sonntag bei einer Bezirkstagung der Sozialdemokratischen Partei in Burg (Dithmarschen) u. a. ausgeführt habe: „Die Nationalsozialisten gebärden sich, als hätten sie Wut und Verzweiflung, dabei schleichen sie des Nachts mit einigen Pfund Dynamit heimlich durch die Straßen", veröffentlicht der Gauleiter der Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein, Landtagsabgeordneter Lohse einen offenen Brief an den Reichsinnenminister. In diesem heißt es, die Kundgebung der Sozialdemokratie in Burg habe die „grenzenlose politische Pleite der Sozialdemokratie an der Westküste Schleswig-Holsteins bewiesen". Es sei verständlich, wenn der Reichsinnenminister als Parteiführer darüber ärgerlich geworden sei. Es hätte jedoch nicht dazu führen dürfen, daß der Reichsinnenminister hier „völlig haltlose und aus den Fingern gesogene Verdächtigungen und Unwahrheiten gegenüber den Nationalsozialisten in die Welt gesetzt" habe. Als Führer der schleswig-holsteinischen Nationalsozialisten protestiert der Abgeordnete Lohse schärfstens gegen die „durch nichts bewiesene und deshalb infame Verdächtigung und Behauptung, daß die Nationalsozialisten mit einigen Pfund Dynamit heimlich durch die Straßen schleichen". Die unerhörte parteipolitische Hetze, so heißt es dann weiter, habe viel Aehnlichkeit mit der Vaterlandsverratspolitik des preußischen Innenministers Grzesinski, sei aber nicht in Einklang zu bringen mit den Aufgaben, die der Reichsinnenminister unparteiisch zu lösen hätte. Zum Schluß des offenen Briefes fordert Abgeordneter Lohse, daß der Reichsinnenminister die Ausführungen in Burg, wie sie in der sozialdemokratischen Parteipresse wiedergegeben seien, sofort amtlich dementiere.

Die Reichsminister auf Urlaub.

X Berlin. Auch bei der Reichsregierung haben nunmehr die großen Ferien voll eingesetzt. Zur Zeit befindet sich außer dem Reichswehrminister Gröner, der erst im August auf Urlaub geht, kein Minister mehr in Berlin. Ein Teil von ihnen macht Dienstreisen, wie Dr. Wirth und Severing, die beide anschließend in Urlaub gehen.

Schiffskatastrophe vor Valparaiso.

42 Mann ertrunken.

X Valparaiso, 17. Juli. Der frühere deutsche Dampfer Ernst Hemlock, der als Transportschiff unter dem Namen Abtao zwischen Lota und Iquique in Chile verkehrte, ist am Dienstag in einem schweren Sturm bei Valparaiso untergegangen. Von den 44 Mann Besatzung konnten nur zwei gerettet werden. Mehrere sofort herbeigeeilte Schiffe konnten nur noch Trümmer der Rettungsboote, sonst aber kein Lebenszeichen auffinden. Der Sturm ist einer der schwersten, die man je an der chilenischen Küste erlebt hat. Die Rettungsdampfer können infolge des noch immer anhaltenden stürmischen Wetters ebenso wie die Fischerboote keinen Hafen anlaufen, sondern müssen auf offener See bleiben.